

Antrag
des
Umwelt-Ausschusses

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Kasser betreffend Landwirtschaft und Umweltschutz.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, sich bei den zuständigen europäischen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, dafür einzusetzen, dass
- a. die Finanzierung der ländlichen Entwicklung und des österreichischen Agrar-Umweltprogramms im Sinne eine weitere Ökologisierung der Landwirtschaft auf dem bisherigen Niveau beibehalten oder weiter ausgebaut wird;
 - b. die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln europaweit klar auf nachhaltiger wissenschaftlicher Basis unter Beachtung des Vorsorgeprinzips erfolgen soll, um die heimische Versorgung mit Lebensmitteln zu gewährleisten;
 - c. die Bevölkerung über die Zulassungsprozesse von Pflanzenschutzmitteln informiert wird.
2. Die Landesregierung wird zudem ersucht, bei der Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung darauf hinzuwirken, dass
- a. mögliche Kürzungen im mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union im Bereich der ländlichen Entwicklung mit Bundesmitteln ausgeglichen werden;

- b. die Maßnahmen zum vorbeugenden Grundwasserschutz im österreichischen Agrar-Umweltprogramm auch in der kommenden Programmperiode entsprechend verankert und weiter ausgebaut werden;
 - c. zum Erhalt und weiteren Ausbau der Infrastruktur für Wasserversorgungsanlagen auch zukünftig ausreichende Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden.
3. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO werden die Anträge Ltg.-809/A-2/16-2019 und Ltg.-810/A-2/17-2019 miterledigt.“

Mag. Suchan-Mayr
Berichterstatlerin

Aigner
Obfrau